

Den Flächenverbrauch eindämmen

Zukunftsfrage Der Kreisverband der Grünen lud zur Diskussion über den aktuellen Stand am Dettinger Hungerberg ein. Es ging auch darum, wie mit dem Wunsch nach immer mehr Baufläche umzugehen ist. *Von Iris Häfner*

Wir wollen uns über den Flächenfraß – freundlicher ausgedrückt: den Flächenverbrauch – in der Region Stuttgart am Beispiel Hungerberg in Dettingen unterhalten“, begrüßte Grünen-Kreisvorstand Gerhard Häfer die Gäste bei einer Online-Veranstaltung. Die Kreis-Grünen

„Die Bürger sollen die Katze im Sack kaufen.“

Manfred Häfele
von der Bürgerinitiative Hungerberg über die große unbekannte Firma

haben dabei auch die geplanten Straßenverbreiterungen wie beispielsweise die B27 von Aichtal bis zum Echterdinger Ei im Blick, ebenso neue Wohngebiete durch vereinfachte Bebauungsplanverfahren und neue Gewerbegebiete. Den Grünen ist bewusst, dass die Kommunen dies zur Finanzierung ihrer eigenen (Pflicht-)Aufgaben brauchen. „Und dann kommt bei der Regionalversammlung plötzlich die Idee auf, ein über 40 Hektar großes Gebiet aus dem regionalen Grünzug herauszunehmen, damit ‚vorsichtshalber‘ ein Gewerbegebiet – für wen auch immer – ausgewiesen werden kann, sollte der Bedarf irgendwann bestehen“, wundert sich die Kreis-Grünen.

Dies bestätigte Ingrid Grischtchenko von der Grünen-Fraktion im Verband Region Stuttgart.

„Das soll ein Silbertablett werden. Wenn die zeitaufwendige Planung fertig ist, kann man die Fläche interessierten Firmen sofort zur Verfügung stellen“, sagte sie. Das ist einer der Punkte, der die Bürgerinitiative Hungerberg auf den Plan gerufen hat. „Man weiß nichts Genaues. Es ist eine große Unbekannte, die da rumschwebt – irgendwas mit Zukunftstechnologie. Die Bürger sollen also die Katze im Sack kaufen“, kritisierte Manfred Häfele.

Industrieproduktion im 24-Stunden-Betrieb und Logistik seien bei dieser Größe unvermeidbar, was Immissionen und mehr Verkehr bedeute – auch wenn die ursprünglich geplanten 42 Hektar auf 21 geschrumpft sind. Auch weil die Mehrheit im Dettinger Gemeinderat denkbar knapp für das Vorhaben ist, hat sich die Bürgerinitiative Hungerberg gebildet. „Es war eine Stimme mehr. Und die kam vom Bürgermeister“, sagte der Sprecher. Die Initiative sammelte weit über das geforderte Maß hinaus Unterschriften für ein Bürgerbegehren (wir berichteten). Somit gibt es einen Bürgerentscheid.

Birgit Sienz vom Ortsvorstand der Grünen in Kirchheim leitete die Diskussionsveranstaltung und sagte: „In Kirchheim gab es erst jetzt mehrere Unwetter mit extremen Überschwemmungen. Seit Mittwoch vergangener Woche kämpfen wir mit dem Hochwasser, insbesondere in Ötlingen, wo ich wohne. Ich habe das Gefühl, die Wettersituationen lösen sich nicht mehr so schnell auf, weil die Jetstreams einrasten. Wir bekom-

men den Klimawandel hautnah zu spüren.“ Das hat nicht zuletzt mit den versiegelten Flächen zu tun. Die Bundesregierung will deshalb bis zum Jahr 2030 den Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar pro Tag verringern. Derzeit sind es 56 Hektar, was fast doppelt so viel ist.

„14 Prozent der Fläche in Deutschland sind versiegelt. In Stuttgart und im Landkreis Esslingen kommen wir auf 24 Prozent. Das sind 170 Prozent gegenüber dem Durchschnitt – und ein erstes Alarmsignal. Wir sind bereits jetzt über das Ziel hinausgeschossen“, lautet das Urteil von Manfred Häfele. Derzeit erreiche Dettingen die 14 Prozent gerade so, werde aber in nächster Zeit weit darüber hinaus liegen. „Unabhängig vom Hungerberg wird der Flächenverbrauch eklatant vorangetrieben mit weiteren Baugebieten wie in den Unteren Wiesen oder bei der ehemaligen Gärtnerei Diez“, sagte Manfred Häfele.

Dass der Hungerberg von der Regionalversammlung überhaupt für ein Industriegebiet freigegeben wurde, verwundert ihn sehr. Der Stellenwert des Gebiets für das Grundwasser werde hoch bewertet, ebenso für die Kaltluftströmung und die damit verbundene Reinigungsfunktion sowie weiteren Parametern, was sich in einem Gutachten bezüglich der ICE-Trasse gezeigt habe. „Landschafts- und Naturschutz hat am Hungerberg schwuppdwupp für die Region keine Bedeutung mehr. Das ist ein Wortbruch zu dem, was die UN, die Bundes- und Landesregierung fordert“, erklärte Manfred Häfele.



Rund um die ICE-Baustelle soll auf dem Dettinger Hungerberg ein 21 Hektar großes Gewerbegebiet entstehen. *Foto: Carsten Riedl*

Vorschläge des BUND zum Erhalt von Flächen

Es gibt schon Ideen, wie der Landschaftsverbrauch eingedämmt werden kann. „Was kann man machen, ohne auf freie Fläche zu gehen? Das ist das Wichtigste aus unserer Sicht“, sagte die Landesvorsitzende des BUND, Sylvia Pilarsky-Grosch, bei der Online-Veranstaltung.

In die Höhe bauen lautet einer ihrer Vorschläge. Nicht nur sie kann das Wort Transformationsfläche nicht mehr hören. Die Technologiefirmen behaupten, sie bräuchten in der Übergangsphase von alter zu neuer Technologie den doppelten Platz. „Sie behaupten auch, die Produktion geht nicht auf mehreren Stockwerken und wollen ihre Parkplätze auf alle Zeit als Vorhaltestandorte bereithalten. Ich sage den Firmen: Ja, dann nehmt diese Flächen doch jetzt und verlegt die Parkplätze nach oben.“

Eine ganz andere Stadtplanung ist aus ihrer Sicht notwendig. „Aber das bekommen wir so schnell nicht hin.“ Es müsse mehr gemeinschaftlich gedacht werden, im Sinne: Was gehört zusammen? Dazu zählt für sie sozialer Wohnungsbau und die Nähe von Arbeiten und Wohnen.

Wem gehört der Boden? Auf Industriebrachen und viele freie Flächen hat der Staat keinen Zugriff. „Wir müssen an die Bodenkultur ran, um die Flächen disponibler machen zu können. Mir ist bewusst: Das ist schon eine sehr grundlegende Sache. Aber das braucht es, denn solange mit solchen Flächen Geld verdient wird, gibt es Konkurrenzgedanken.“

Nicht blenden lassen von der Gewerbesteuer sollen sich die Kommunen nach Ansicht von Sylvia Pilarsky-Grosch: „Welche Kosten entstehen bei Erschaffung und Erhalt von Gewerbegebieten und Arbeitsplätzen für sie? Rechnet doch bitte mal richtig.“ *ih*